

Gültig: 25-04-90  
bis (mindestens) 1-5-90

# Courage

No. 46



Die Mauer

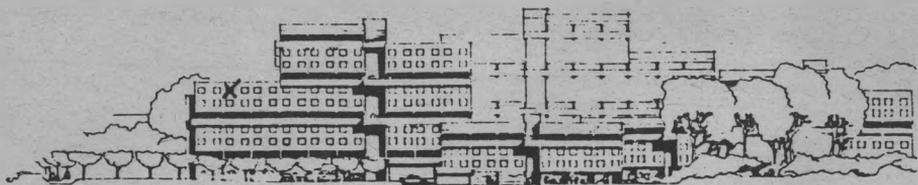
muß weg  
mit der

Schere im Kopf

einfach  
Schnipp-schnapp

Das Brett bleibt.

— DA (x) WOHN' ICH! — ABER NICHT MEHR LANGE! —



### Storys aus dem Karlshof

Dieser Brief flatterte den BewohnerInnen kürzlich in die Zimmer:

"StudentInnenwerk Darmstadt  
Wohnraumverwaltung  
30.03.1990

Änderung der Antrags- und Belegungsordnung ab März 1990  
Das StudentInnenwerk Darmstadt möchte Sie davon unterrichten, daß die Belegungsordnung durch Vorstandsbeschluß in folgenden Punkten geändert worden ist:

1. Die Wohndauer in einer vom StudentInnenwerk Darmstadt verwalteten Wohnanlage ist auf höchstens sechs Semester befristet worden. Diese Regelung gilt für alle neuen Mietverträge ab März 1990.
2. Mit Wirkung ab Juli 1990 ist in nachfolgend aufgeführten 11 StudentInnenwohnungen im Karlshof und in vier Wohnungen im Neubau Nieder-Ramstädter Straße die Selbstbelegung aufgehoben... (folgt Liste mit insgesamt 71 Wohnheimplätzen)"

Nachdem das StudentInnenwerk schon letztes Jahr die Selbstbelegung in vielen Karlshof-WG's teilweise aufgehoben hat, um StipendiatInnen einzuquartieren, will es nun die Selbstbelegung in 11 WG's komplett abschaffen. Solch ein Vorhaben ist aus Sicht der BewohnerInnen mit dem Wohnprinzip Karlshof unvereinbar. Das gute Klima hat seine Ursache schließlich in der Möglichkeit der eigenen Gestaltung des Lebens durch die Belegungspraxis und die lange Wohndauer im Karlshof. Die Planung der Wohnraumverwaltung gibt diese Art der Lebensqualität leichtfertig preis, zumal die Heimselbstverwaltung auch schon

andere Ideen gesammelt hat, um die Belegungsprobleme zu lösen. Im übrigen ist noch gar nicht gesagt, daß die Rechnung, durch Verkürzung der Belegungszeit kurzfristig ErstsemesterInnen zu helfen, auch aufgeht.

Schon diese Begründung haben die KarlshofbewohnerInnen außerdem nicht aus dem an sie gerichteten Brief erfahren (sie ist aus der THD-Intern). Herr Krome unterrichtete sie nur über den Beschluß des StudentInnenwerks. Er erweckt den Eindruck, als ob ihm die Meinung der BewohnerInnen völlig egal sei.

Die Heimselbstverwaltung hat nun für den

**Donnerstag, 26. 4.  
um 20h im Zentrum  
ein Treffen mit Herrn Krome und Herrn Saliba vereinbart.**

Alle Karlshöfer sind aufgefordert, daran teilzunehmen. Nur durch den gemeinsamen Widerstand Aller ist dem StuWe eventuell ein Kompromiss abzutrotzen.

### Impressum:

Die Courage\* lebt, soll die Courage\* leben? Ich meine "Nein!" "Und wenn doch, dann sollen die die Suppe auslöffeln, die sich am Ufer der Vernunft selbst ins Lächerliche gezogen haben." (K. Valentin)

Auflage 1500 Stck. Druck AstA-Druckerei-Kollektiv, ViSdP Red. am 23.04.'90



C\* fordert: Sofortigen Umtausch BRD:DDR zum Kurs von 1:1

...ist der Steigerung der Wirtschaft Vorrang einzuräumen...

"Zur Diskussion gestellt" hat die Bundesregierung ihre Leitsätze für eine Ausdehnung der BRD-Wirtschaft auf das Gebiet der DDR. Absolute Priorität hat dabei das Wirtschaftswachstum, "soziale Belange und die Erfordernisse des Umweltschutzes" werden nur in einem Nebensatz erwähnt. Dabei sind "Vorschriften, die ... auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung ... und vergleichbare Begriffe verpflichten ... nicht mehr anzuwenden."

Legitimiert durch den Zeitgeist wird hier der Sozialismus und alles, was danach auch nur im entferntesten riecht, auf den Müllhaufen der Geschichte geschmissen, ohne sich auch nur für einen Augenblick damit auseinanderzusetzen, ob das, was in der DDR in die Brüche geht, den Namen Sozialismus überhaupt verdient bzw. was es unabhängig von der Beantwortung dieser Frage möglicherweise an positiven Ansätzen und Strukturen hervorgebracht hat.

Zu einer funktionierenden Marktwirtschaft westlicher Prägung gehört natürlich auch das mehr oder weniger schrankenlose Geschäft mit Grund und Boden. Um potentiellen Investoren den Mund wässrig zu machen, will die Bundesregierung für neugeschaffenen oder renovierten Wohn- und Geschäftsraum Mietverhältnisse zulassen, die gegen geltendes DDR-Recht verstoßen. Das bedeutet, daß illegale Praktiken akzeptiert werden sollen, wenn die DDR ihre Gesetzgebung nicht schnell genug den Kapitalinteressen anpaßt.

Deutlicher als bisher geschehen dokumentieren diese "Leitsätze" den Vereinnahmungskurs der bundesdeutschen Regierung. Es ist bezeichnend für das Demokratieverständnis und die Wirtschaftshörigkeit der selbsternannten Demokratisierungsexperten in der BRD, daß ihr Vorschlag für einen "Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion" der beiden deutschen Staaten zu einer



Aus der Jamaicanischen Tageszeitung "Daily Gleaner" vom 21.3.90

De Maiziere auf dem Rücken von Kohl

Kapitulationsurkunde geraten ist. Daß die Oppositionsparteien im Bundestag die ersten Informationen über diesen Entwurf nur aus der Presse entnehmen konnten, rundet das Bild ab.

Angeichts der Vereinnahmungs-Gelüste des Wirtschaftsgiganten BRD, der immer deutlicher abzusehenden enormen sozialen Kosten für die DDR (und wohl auch für die BRD) und der internationalen Bedeutung eines vereinigten Deutschlands stellt sich die Frage, warum es bisher weder in der BRD noch in der DDR Kräfte gibt, die in diesem dahinströmenden Vereinigungszug die Notbremse ziehen. Demokratie braucht das Nachdenken und die Diskussion - für beides wäre mindestens ein Zwischenhalt nötig.

DDREI

# — WER BILDUNG NACHMACHT ODER VERFÄLSCHT, ODER SICH NACHGEMACHTE ODER VERFÄLSCHTE BILDUNG VER —

## Autonome Seminare vs. Scheinstudium

Immer wieder wurde während des Streiks im Wintersemester 1988/89 – und auch schon in den „unzähligen“ Streiks davor – Bildung als eine Aufgabe der Hochschule thematisiert und der Widerspruch zwischen Bildung und Herrschaft herausgearbeitet: ein Scheinstudium und Bildung sind so gegensätzlich, daß Hochschule, soll sie ihrem Bildungsauftrag wirklich nachkommen, für Bildung einzig die Möglichkeit bereiten, nicht aber sie erzwingen kann. Bildung beginnt erst dort, wo eigenständiges Arbeiten und Erarbeiten von Inhalten geschieht. Diese Eigenständigkeit schließt Mündigkeit ein und falsche – d.h. qua Amt bestimmende – Autoritäten aus. „Autonome Seminare“ ist der Begriff, der diese Gedanken faßt.

In dem Proseminar „Pädagogische Begriffsbildung“ soll Bildung ermöglicht werden: d.h. eigenständiges Arbeiten, ohne die Autorität eines Profs., der sagt, was erstens der Weisheit letzter Schluß und zweitens ab sofort unhinterfragt zu glauben ist. Damit steht in diesem Proseminar ein Angebot der Bildungsinstitution, wo Bildung ermöglicht und nicht verstellt wird.

Die Termine der Tutorien sind im Pädagogik-Gebäude (2c) ausgehängt. Im Folgenden drucken wir den Einführungsvortrag zu diesem Proseminar ab:

### Proseminar „Pädagogische Begriffsbildung“

Ihr seid hierher gekommen, um einen Schein abzuhaken, oder etwa nicht? Solltet Ihr etwa noch andere Interessen an diesem Proseminar haben, so könntet Ihr Euch gefragt haben, was passiert dort eigentlich und was ist „Pädagogische Begriffsbildung“ überhaupt?

Nehmen wir „Begriffsbildung“, so sind wir auch schon bei einem pädagogischen Begriff, dem der Bildung. Bildung ist erklärtes Ziel der Bildungsinstitutionen. So sollen auch wir im Studium

Bildung erlangen. Was geschieht aber in diesem Prozeß der Bildung mit uns? Und was qualifiziert den Gebildeten? Über Qualifikation sind verschiedene Ansichten möglich: überragende Ergebnisse im „Großen Preis“ wären eine Möglichkeit, die Geschwindigkeit beim Lösen des „Zeit-Rätsels“ eine andere. Wären dann als Voraussetzung für viel Bildung die Fähigkeit zum Hochgeschwindigkeitslesen und die geringsten Fehlerquoten, sowie ein überragendes Assoziationsvermögen vermittelbar? Und wenn nicht, wie können dann Bildungsinstitutionen ihrem ureigensten Auftrag gerecht werden? Läßt dies nicht also den Schluß zu, daß Bildung noch viel mehr oder viel mehr etwas ganz anderes sein müsse?

Sind berufliche Qualifikationen, wie eine abgeschlossene Lehre oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium ein Anzeichen für Bildung? Sicher wird es sich nicht vermeiden lassen, daß der eine oder die andere jenen Abschluß gebildet hinter sich bringt, für viele ist „Fachidiotie“<sup>1</sup> der Begriff, der ihre Qualifikation bezüglich Bildung besser beschreibt. „Fachidioten“<sup>2</sup> zeichnen sich – wie wir meinen – durch stumpfes Spezialistentum und naive Weltfremdheit aus. „Weltfremdheit“<sup>3</sup> bezeichnet z.B. die bewußte und unbewußte Ignoranz des Lehrers, der völlig von falschem Idealismus beseelt, seine Position in der »Selektionsmaschine« Schule als »Förderer der einzelnen Kinder« ausfüllt. Wenn also mit beruflicher Qualifikation auch Fachidiotie und Weltfremdheit einhergehen können, so kann ein wie auch immer gearteter Abschluß kein Maßstab für Bildung sein.

Wie würde sich Bildung also am Beispiel einer Lehrkraft auswirken? Eine Lehrkraft mit Abschluß schließt den Fachidioten in der Schule nicht aus. Erst die Einsicht und das Bewußtsein in das eigene Handeln und Wirken begründet ein neues Moment in der Unterrichtssituation: die Relativierung der Fachidiotie. Die Reflexion der eigenen Fachidiotie bietet die Möglichkeit,

<sup>1</sup>Ernst Bloch, *Pädagogica*, Frankfurt 1971, S. 146 ff.

<sup>2</sup>E. Bloch, ebd.

<sup>3</sup>E. Bloch, ebd.

WIRD MIT SCHEUKLAPPEN NICHT UNTER 20h BESTRAFT!

— SCHAFFT,

diese zu überwinden und einen Ausgangspunkt für Bildung. In diesem Punkt stellt sich die Frage nach der konkreten Praxis. In der Unterrichtssituation steht eine mehr oder weniger gebildete Autorität vor vielen sogenannten »Ungebildeten«. Autorität wird an diesem Punkt in zweierlei Hinsicht deutlich: zum einen

ger Bestandteil der Praxis, und Praxis muß im Bewußtsein dieses Widerspruchs gestaltet werden.

Bildung findet in der bewußten Auseinandersetzung mit Praxis statt. Da es einen gesellschaftsfreien Raum nicht gibt, ist Praxis notwendig gesellschaftlich. Da Bildung immer danach drängt, sich in der Praxis zu verwirklichen, findet sie nie ein Ende und ist also nur als Prozeß vorstellbar. Damit ist Bildung von der gesellschaftlichen Praxis nicht abzulösen; solche Ablösung geschieht aber, wenn wir uns in unser Zimmer zurückziehen, um über uns und die Welt nachzudenken und die angesammelte Gedankenfülle den Weg ins Freie, in die gesellschaftliche Praxis nicht findet. Selbstgenügsame Kontemplation, also Bildung, der es einzig um die Bildung des eigenen Geistes geht und dabei stehen bleibt, verleugnet den notwendigen Bezug zur Praxis, gerät in Widerspruch zu sich selbst und wird also falsch. Erst eine Bildung, die sich bewußt ist, daß z.B. Geschichte nicht nur gebildet, sondern auch bildend und weiterbildend vollzogen werden muß, kann diese Widersprüche auflösen, in dem sie versucht, die Reflexion dieser Widersprüche in die Praxis mit hinein zu nehmen.

Sicher ist der Begriff der Bildung damit nicht abschließend und schon gar nicht umfassend behandelt. Um aber das Moment der Selbstreflexion mit in unsere Betrachtung einzubeziehen, können wir feststellen, daß wir in der Diskussion des Bildungsbegriffs Begriffsbildung betrieben haben. Genau dies ist das Ziel des Proseminars: pädagogische Begriffe – wie z.B. den der Bildung – anhand von Texten zu diskutieren und gemeinsam zu erarbeiten, um damit Begriffe zur Verfügung zu haben, die Praxis beschreiben und erklären und uns somit befähigen, bewußt diese Praxis mit zu gestalten. Um die Praxis des Proseminars mit zu gestalten, ist eure aktive Mitarbeit möglich und notwendig.

Bea Koböck und Peter Schuck

1 Trotz bleibt uns:



die Autorität qua Amt, die dazu berechtigt, Urteile zu fällen und Noten zu vergeben, zum anderen die Autorität des in der Sache Bewanderten. Während erstere eine Erziehungssituation beschreibt, in der am Sockel der Autorität nicht gekratzt werden darf, drängt letztere in der Vermittlung von Inhalten darauf, sich aufzuheben. Dies ist der grundlegende Widerspruch in den Lehrenden zwischen den Zwängen der Institution und dem eigentlichen Ziel auf das sich gerade diese Institution beruft: nämlich dem der Bildung. Der so gebildete Lehrer ist sich dieses Widerspruchs bewußt, ohne ihn auflösen zu können. Dieser Widerspruch ist also notwendi-

UND WER NICHT MITMACHT KRIEGT 'NE

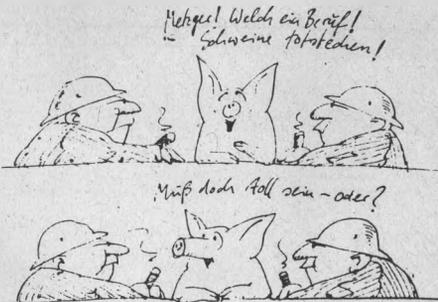
5!

**FLÜCHTLINGE WERDEN IN DER BUNDESREPUBLIK WIE FREMDE DRITTER KLASSE BEHANDELT**

1989 gelangten ca. 750 000 Aus- und ÜbersiedlerInnen in die Bundesrepublik. Sie wurden dort mit anfangs überwiegend ungewöhnlicher Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft aufgenommen. Aber schon bald traten die ersten sozialen Spannungen auf und diverse Politiker machten gerne die "nicht eingeplante Übersiedlerschwemme" für eigene gravierende politische Versäumnisse auf dem Wohnungs und Arbeitsmarkt verantwortlich.

Parallel dazu suchten von Anfang 1989 bis März 1990 ca. 135 000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik Zuflucht, sei es als Opfer von Bürgerkriegen z.B. in Sri Lanka und Äthiopien, Unterdrückte von Diktaturen wie im Iran und Irak, oder wegen ihrer Volkszugehörigkeit oder ihres Glaubens Verfolgte aus der Türkei, Pakistan und Eritrea. Obwohl im Grundgesetz verankert, hat es die Bundesrepublik systematisch durch verschärfte Einreisebedingungen, Asylverfahrenbeschleunigung und durch die Einrichtung von zentralen Abschiebestellen immer weniger Flüchtlingen ermöglicht, überhaupt in die Bundesrepublik zu kommen. Begünstigt wurde diese restriktive Verfahrenspraxis durch die in weiten Teilen der Bevölkerung zumindest latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit, die durch die sich verschärfende Wohnungsnot und der trotz konjunkturellem Hoch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zusätzlich angeheizt wurde.

Die Anerkennungsquote für politische Flüchtlinge betrug im Januar 1990 in der Bundesrepublik gerade 3%. Da aber ein großer Teil der nicht anerkannten Flüchtlinge nicht abgeschoben werden



darf, weil ihr Leben bei einer Rückkehr in ihre Heimat bedroht wäre, werden diese rechtlosen Menschen als Verschiebemasse in Sammelunterkünften untergebracht. Andererseits begründen die Voraussetzungen dafür, daß ein nicht anerkannter Flüchtling nicht abgeschoben wird, genau den Status eines politischen Flüchtlings, wie er in der auch von der Bundesrepublik ratifizierten Genfer Flüchtlingskonvention definiert wurde. Eine gelinde gesagt fragwürdige Verfahrensweise!

Jeder vierte Bundesbürger stammt von Flüchtlingen ab oder gehört selbst zu den Flüchtlingen, die durch den zweiten Weltkrieg aus ihren Siedlungsgebieten fliehen mußten. Die Gewährung von Asyl war da ein selbstverständlicher Akt der Menschlichkeit. Warum sollte das heute anders sein? Asyl ist eine historische Verpflichtung!!

Gestern: Psycho killer  
Heute: Psycho killed...

Hä?

Die Psychos sind tot. Es leben die

Die Psychos sind tot. Es leben die Psychos! Die Studis der Psychologie scheinen jedenfalls von der Frühjahrsmüdigkeit übermenschlich zu sein. Übermenschlich war die Beteiligung an dem Treff wg. Kaffee jedenfalls nicht. Nicht, daß ich mosern möchte, möchte ich doch sonst auch anfangen, was zu tun. So kann ich nur mosern.

Egon Mock (Ach so!)



⊗ sprich: müßte

Vom 25.4. - 1.5.90

## TSCHERNOBYL - schon vergessen?

Am Donnerstag den 26.4. jährt sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum vierten Mal.

31 Menschen starben damals an den unmittelbaren Folgen der Explosion und die Zahl der Verseuchten, die jetzt langsam an den Folgen der Verstrahlung sterben ist weitaus höher. 20% der Acker- und Forstwirtschaftsfläche in Weißrußland wurden verstrahlt, die Versorgung der Bevölkerung mit "sauberen Lebensmitteln" ist bis heute nicht sichergestellt. Laut dem stellvertretenden Vorsitzenden der Umweltschutzkommission des sowjetischen Parlaments, Juri Scherbak, haben 1,5 Millionen Menschen an der hohen Strahlenbelastung infolge des Unfalls zu leiden. Die Sowjetunion ist bis heute aus eigener Kraft nicht in der Lage, die Folgen der Katastrophe auch nur halbwegs in den Griff zu bekommen.

In der BRD waren die Tage nach dem 26. April 1986 gekennzeichnet von der Angst vor dem verseuchten Regen und von dem Bewußtsein, daß eine grüne Wiese nicht nur für spielende Kinder gefährlich ist. In der Folgezeit richteten sich die Einkaufszettel vor allem nach den täglich veröffentlichten Becquerel-Werten und Tonnen verstrahlter Lebensmittel wurden untergepflegt, vernichtet oder in die sogenannte dritte Welt verschoben. Die Atomlobby bemühte sich, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Reaktoren in der BRD viel sicherer seien und daß deshalb eine grundsätzliche In-Frage-Stellung der Kernkraft auch nach Tschernobyl nicht nötig sei.

Ein gutes Jahr später stand Biblis nach haarsträubenden Schlampereien und Fehlhandlungen der Betreiber-Mannschaften kurz vor dem GAU. Sicher ist bei Biblis und den anderen bundesdeutschen KKW's nur, daß sie verdammt viel näher sind als Tschernobyl. Und die Sicherheit der KKW-Betreiber liegt auch in dem kurzen Gedächtnis der Öffentlichkeit, die im Falle eines GAU (wie in Tschernobyl) oder eines Beinahe-GAU (wie in Biblis) sowieso erstmal belogen wird.



## Orientierungswochen in den Ferien ???

In einem Schreiben an alle Fachbereiche fordert die TH-Verwaltung jetzt, daß die Orientierungswochen für Erstsemester in der letzten Woche der Semesterferien abgehalten werden, damit keine Probleme bei der Raumvergabe für die Gruppen entstehen.

Diese Forderung der TH-Verwaltung schein uns völlig verfehlt, da viele ErstsemesterInnen sich erst in der letzten Ferienwoche einschreiben können, die OE-Wochen aber in allen Fachbereichen für AnfängerInnen (überlebens-)

wichtig sind - weshalb sie übrigens als Pflichtveranstaltungen in den Studienordnungen aller Fachbereiche stehen.

Für die meisten Fachschaften bzw. OE-Wochenveranstalter würde eine solche Neuregelung bedeuten, daß die OE-Wochen für sie in der Prüfungszeit, bzw. Ferien liegen würden, was sich sicherlich drastisch auf die Beteiligung an der Organisation von OE-Wochen auswirken würde.

Es gibt darüberhinaus auch keinen vernünftigen organisatorischen Grund für eine Verlegung der OE-Wochen, da in der ersten Semesterwoche sowieso in der Regel in den meisten Fachbereichen kein Übungs- und Semesterbetrieb stattfindet, so daß die Räume leerstehen und bei einer weniger bürokratischen Raumverteilung nutzbar wären.

Wir fordern deshalb:

- allen OE-Gruppen einen Raum
- kleine Gruppen (max. 10 ErstsemesterInnen)
- keine regulären Lehrveranstaltungen für ErstsemesterInnen in der OE-Wochen
- Priorität für OE-Gruppen bei der Vergabe von Räumen

Die Fachschaftenreferenten

Siehm — (ne woah?)

# Wo KLEMZ?

Interview mit Peter Klemz, ex-AStA-Mitglied und ehemals GAFFA-Aktivist. Er trat bei den letzten Stupa-Wahlen im Januar für die 'Grauen Panther' an, die er gemeinsam mit einigen anderen StudentInnen, die 'schon etwas länger' an der TH studieren, mitbegründete. Es sei darauf hingewiesen, daß die Grauen Panther an der THD außer dem Namen absolut nichts mit der bundesrepublikanischen Seniorenpartei gleichen Namens verbindet. Jens Weber unterhielt sich mit Peter Klemz über die Entstehungsgeschichte und die Motive der Grauen Panther, über die zurückliegende Zeit des GAFFA-ÖDS-(Juso)-AStA und über die Rolle der GAFFA als Oppositionspartei zum sich am kommenden Donnerstag neu bildenden LSD-Juso-ÖDS-Rödö-AStA.

Courage\*: Warum hast Du eigentlich die Grauen Panther mitbegründet? Was ist die politische Idee, die dahinter steckt?

Peter: Laß mich dazu erst einmal ein paar Vorbemerkungen machen, um die Umstände ein bißchen klarzustellen, aus denen unter anderem dann auch die Grauen Panther entstanden: Die Zusammenarbeit zwischen Jusos und GAFFA war eigentlich schon immer unbefriedigend, aber zu der Zeit, als ich für die GAFFA im AStA war, gab es wenigstens noch einige Ansätze für ein politisches Miteinander. Früher waren die Jusos sehr viel motivierter und auch politischer. Heute kann man ja sagen, daß ihr Politikverständnis weitgehend verkümmert ist. Vor zwei Jahren gab es in der Juso-Hochschulgruppe immerhin vier Aktivposten, allerdings nur in politischer Hörigkeit gegenüber ihrem damaligen AStA-Geschäftsführer. Heute sucht man bei ihnen vergeblich nach Leuten, die überhaupt bereit sind auch nur die Hand im Stupa zu heben. Zusammenfassend kann man sagen, die JUSO-Politik ist in ihrer Qualität ein Äquivalent zur gegenwärtigen SPD-Politik: Nie zu weit hinaus lehnen, sich nicht den Kopf verbrennen, sondern brav in der Welle des Angepaßtseins mitschwimmen. Im Hochschuldeutsch auch Opportunismus genannt.

Courage\*: Und warum hat die GAFFA das dann solange geduldet?

Peter: Mangels politischer Alternativen. Mit keiner anderen hochschulpolitischen Gruppierung wäre eine politische AStA-Arbeit möglich gewesen. Das wurde aber in dem Maße schwieriger, indem sich die Jusos parallel zum zurückgehenden politischen Interesse der Studies immer mehr hin zu einem losen Treff von StudentInnen entwickelten und dabei ihr linkslibertäres Politikverständnis nahezu völlig verloren. So gesehen war der Rückzug der Jusos aus dem AStA nur folgerichtig, um dem Wahlkampfangriff "die Jusos tun nichts" aus dem Weg zu gehen. Und das Wahlergebnis hat gezeigt, daß sich diese Taktik bewährt hat.

Courage\*: Ich wollte aber eigentlich wissen, warum sich die Grauen Panther gegründet haben, zumal sie doch zum größten Teil aus ehemaligen GAFFA-AktivistInnen bestehen. Warum habt ihr sich von der GAFFA getrennt?

Peter: Da gab es zunächst einmal eine größere persönliche Zerreibung innerhalb der GAFFA bezüglich des Umgangs mit den Jusos. Die GAFFA ist eine zusammengewürfelte Gruppe aus lauter IndividualistInnen, politisch und auch sonst, zusammengehalten durch einige gemeinsame politische Ziele, die sie in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben hat. Weiter glaubte sie sehr lange Zeit, mit den Jusos zusammenarbeiten zu können. Aber mit den schwindenden gemeinsamen Grundlagen hat auch das politische Engagement der GAFFA nachgelassen...

Courage\*: ... und deshalb habt ihr die Grauen Panther aus der Taufe gehoben?

Peter: Nicht nur deshalb. Wir sind schon lange mit den Möglichkeiten und Grenzen von AStA-Engagement vertraut, schließlich haben wir das alles lange genug selber mitgemacht. Wir überlegten uns, daß ein Rückzug aus der aktiven Hochschulpolitik sinnvoll sei, daß daher auch ein Rückzug aus der GAFFA angebracht wäre, die auf Aktivposten angewiesen ist und nicht unbedingt auf Nur-ParlamentarierInnen. Denn unser eigentliches politisches Interesse bestand darin, nur noch im Stupa mitzumischen. Deshalb haben wir im Oktober '89 die Grauen Panther gegründet.

Courage\*: Nun seid ihr bei den Hochschulwahlen angetreten, wenn auch ohne Erfolg. Das lag vielleicht auch etwas daran, daß Eure politischen Ziele nie so richtig klar geworden sind. Wie sahen die eigentlich aus?

Peter: Mit einem Sitz ins Stupa zu kommen, hatten wir uns eigentlich vorgenommen und auch fest damit gerechnet. Wir hätten dort vor allem den jeweiligen AStA, ob rechts oder links, in die Rechenschaftspflicht genommen. Toleriert aber hätten wir nur einen linken AStA.

Courage\*: Was liegt Euch denn so an der Rechenschaftspflicht?

Peter: Der Sinn liegt darin, daß man als AStA-tragende hochschulpolitische Gruppierung im StuPa nicht immer die Fragen an den AStA stellt, die eigentlich angemessen wären, zumal wenn die rechte Opposition so vor sich hindämmert. Also Fragen wie: was macht der AStA, wozu tut der AStA was, wo macht der AStA was, warum tut der AStA etwas und wie agiert er, an welchen Inhalten und an welchen Personen ist das AStA-Engagement festzumachen. Mit unserer Erfahrung in der Hochschulpolitik wollten wir eine parlamentarische Oppositionsarbeit initiieren, die qualitativ in die AStA-Aktivitäten eingreift. Das heißt z.B. etwas an der mangelnden Öffentlichkeitswirksamkeit der AStA-Aktivitäten zu ändern. Es gab ja wirklich gute politische Arbeit in den Räumen des AStA, die aber viel zu wenig nach außen an die Studies drang. Dies war und ist vor allem das Manko der GAFFA.

Courage\*: Aber die GAFFA hat doch beinahe die ganze Arbeit im letzten Jahr alleine gemacht!

Peter: Die GAFFA war jahrelang politisch sehr aktiv in praktisch allen Referaten und hat den ganzen Organisationskram zu früheren Zeiten eines GAFFA-Juso-AStA nebenbei noch übernommen. Und jetzt, nachdem sich die Jusos aus dem AStA zurückgezogen hatten, also der ausschlaggebende Anlaß für den nervaufreibenden Hick-Hack weg war, kommt die GAFFA auf einmal nicht mehr mit diesen erweiterten Handlungsspielräumen zurecht - da stimmt doch was nicht! Es war, meiner Meinung nach, ein großer Fehler, daß sich die GAFFA im letzten halben Jahr zu sehr aufs Verwalten des AStA beschränkt hat. Aufgabe des AStA ist es, für alle Studies Politik zu machen, sich dort zu engagieren, wo den Studies der Schuh drückt und die aktuell sind, z.B. in der Wohnungspolitik oder Deutschlandpolitik ... Der RCDS hat das so gesehen viel besser gemacht, als er die Schäubel-Veranstaltung organisiert hat. So schlecht das auch gewesen ist, es war überaus wirksam, obwohl solch eine 'Köder-Politik' nicht unbedingt meinem

## Fortsetzung v. S. 9

Verständnis von Politik entspricht. Es hätte doch ein Klacks für das Hochschulreferat sein können, eine Deutschlandpolitik-Veranstaltung zu organisieren, die das Schäuble-Theater deutlich in den Schatten gestellt hätte.

Courage\*: Nun besteht der jetzige GAFFA-ÖDS-ASTa voraussichtlich nur noch bis Donnerstag, dann wird ein neuer ASTa gewählt, der von Jusos, LSD, ÖDS und Rödö getragen wird. Die GAFFA wird also zusammen mit RCDS und UDS die Plätze auf der Oppositionsbank einnehmen müssen.

Peter: ... dazu zitiere ich den amtierenden Stupa-Präsidenten vom RCDS, der gesagt hat, daß dieser sozial-liberale ASTa nur gut für die GAFFA und den RCDS sein wird, weil abzusehen ist, daß dieser ASTa nichts tut und RCDS und GAFFA diese Leerräume ohne große Mühe politisch ausfüllen können.... Das von den Jusos nichts zu erwarten ist, habe ich am Anfang bereits ausgeführt. Beim ÖDS hat sich der Ökoreferent ausschließlich um den Tropenwald gekümmert. Dieses Engagement ist zwar lobenswert, aber im Bewußtsein der weltweiten ökologischen Krise arg dürftig. Auch hat es an einem Interesse für den hochschulpolitischen Alltag gemangelt. RÖDÖ hat noch nie ein Interesse für irgendetwas gezeigt, außer an dummen Sprüchen. Beim LSD mit seinen frauenfeindlichen Plakaten gibt es nur das Engagement am eigenen Studium, nicht aber für Hochschulpolitik. Das politische Ziel wäre, eine ASTa-tragende Mehrheit ohne RCDS oder GAFFA auszuschießen, also daß RCDS und GAFFA zusammen auf über die Hälfte der 40 Stupa-Sitze kommen. Mir wäre dabei eine starke GAFFA und ein nicht so starker RCDS natürlich lieber.

Courage\*: Die GAFFA müßte ihre Oppositionsrolle also sehr engagiert ausfüllen ...

Peter: Genau. Es wäre sinnvoll, wenn sich in der Oppositionsarbeit eine klare politische Linie erkennen ließe, die sich in konsequenter Umsetzung studentischer Interessen manifestiert und dabei den Bezug zur Gesellschaft als ganzes nicht aus den Augen verliert. Es ist Aufgabe einer hochschulpolitischen Gruppierung, studentische Interessen zu wecken, zu formulieren und zu vertreten, die dann u.a. in einem ASTa-Engagement bearbeitet werden können. Obwohl weitgehend aus der Mode gekommen, ist der politische Ansatz der GAFFA nach wie vor richtig: Die Hochschule als Teil der Gesellschaft zu verstehen, die mit den anderen 'Teilen' der Gesellschaft in einer wechselseitigen Beziehung steht.

Courage\*: Und was müßte die GAFFA konkret in der Opposition machen?

Peter: Zunächst einmal hoffe ich, daß die GAFFA ein paar neue Leute gewinnt, damit sie ihre politische Arbeit auf breitere Füße stellen kann. Es müßte ca. zwei bis drei Mal im Semester eine GAFFA-Zeitung herauskommen, um den Studies zu zeigen, daß 'es die GAFFA noch gibt' und um die Leute über die Aktivitäten der GAFFA zu informieren. Weiter könnte die GAFFA mal wieder Veranstaltungen organisieren. Die letzte große Veranstaltung der GAFFA war 1987. Die GAFFA sollte wieder spontane Aktivitäten an den Tag legen, die provokativ oder öffentlichkeitswirksam sind, z.B. auch mal wieder Öko-Themen in der Mensa aufgreifen. Ausgehend von der Frage, warum sie so viele Stimmen verloren hat, nämlich weil sie sich schlecht im Wahlkampf verkauft hat, muß sich die GAFFA neu finden und erneuern. Ich wünsche mir sehr, daß ihr das gelingt.

Courage\*: Das hoffe ich auch. Vielen Dank für das Gespräch!

# — GEGEN RASSISMUS GEGEN "AUSLÄNDERGESETZE"

In dieser Woche, am 26. oder am 27. April, wird der Entwurf der Bundesregierung für ein "neues Ausländergesetz" im Bundestag verabschiedet werden; danach wird es voraussichtlich am 11. Mai vom Bundesrat genehmigt und dann vom Bundespräsidenten in Kraft gesetzt werden. Damit ist dann ein neues Sondergesetz gemacht worden, das wieder mehrere Millionen Menschen, die in der BRD leben diskriminiert.

Dieses Gesetz, das die Rechte der Menschen, die in der BRD leben und eben keinen deutschen Paß besitzen, weiter beschneidet, fällt in dem nationalistischen Klima, das hier immer stärker wird, auf fruchtbaren Boden; und andererseits stärkt es rechtsradikalen Kräften, die schon seit Jahren "Ausländer raus" schreien, den Rücken. In diesem Gesetz ist das "Recht", sich in der BRD aufzuhalten in vier verschiedene Titel unterteilt. Damit werden nicht nur ImmigrantInnen systematisch als Menschen zweiter Klasse behandelt, sondern es wird auch noch versucht, sie untereinander aufzuspalten und die Solidarität der Betroffenen zu verhindern.

Für alle ImmigrantInnen wird es noch schwieriger werden, eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, der Bundesinnenminister kann in fast allen Fällen eine "unbefristete Aufenthaltserlaubnis" widerrufen. Es bleibt zum Beispiel der Willkür des Innenministers überlassen, ImmigrantInnen, die in der BRD leben und arbeiten, weil sie als "Gastarbeiter" gerufen worden sind, nach Belieben aus der BRD rauszuschmeißen.

Die Gründe, die zu einer "Aberkennung" des Aufenthaltsrechts und zur Abschiebung führen können sind stark erweitert worden. Eine "unbefristete Aufenthaltserlaubnis" geht zum Beispiel dann verloren, wenn der/die Betroffene, oder die betrof-

fene Familie nicht genügend Wohnraum (d.h. 12 m<sup>2</sup> pro Person) nachweisen kann. Dabei weiß man/frau genau, daß gerade ImmigrantInnen große Schwierigkeiten haben, Wohnraum zu finden.

Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebedürftigkeit können direkt zur Ausweisung führen. ImmigrantInnen sollen als billige Arbeitskräfte in der BRD zur Verfügung stehen, und, wenn sie diese Funktion nicht mehr erfüllen, einfach abgeschoben werden. Um einer Ausweisung infolge Arbeitslosigkeit zu entgehen, werden ImmigrantInnen also gezwungen, Niedriglöhne und miserable Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Damit werden ImmigrantInnen als Lohnrücken gegen "deutsche" ArbeiterInnen ausgespielt.

Für alle ImmigrantInnen, die "zu einem bestimmten Zweck" in die BRD kommen (z.B. Studium) soll gelten, daß sie die BRD verlassen müssen, wenn die Behörde der Meinung ist, daß der "Zweck" erreicht ist, oder nicht mehr erreicht werden kann. Für alle ausländischen StudentInnen heißt das, daß sie sofort rausfliegen, wenn sie ihr Studium fertig haben, oder wenn sie ihr Studium wechseln, oder wenn die Behörde der Meinung ist, daß sie zu lange studieren.

Die politische Betätigung von ImmigrantInnen soll durch die Drohung mit der Ausweisung unterbunden werden. Die hier lebenden ImmigrantInnen werden politisch und gesellschaftlich entmündigt mit der Rechtfertigung, deren politische Arbeit schade den Interessen der BRD. Dieses Gesetz, wie jedes andere "Ausländergesetz" diskriminiert Millionen der Menschen, die in der BRD leben. Wir fordern: Gleiche Rechte für alle. Keine "Ausländergesetze". Recht auf politische Betätigung und Wahlrecht als ersten Schritt. Recht auf Asyl für alle Flüchtlinge.

## DISKUSSIONSVERANSTALTUNG IM SCHLOSSKELLER GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERGESETZE AM DONNERSTAG, 26.4.90, 20 UHR

ANSCHLIESSEND: afrikanische, orientalische, lateinamerikanische ... Musik

VeranstalterInnen:

\* Schloßkeller \* AusländerInnenreferat der FH Darmstadt \* AusländerInnenreferat der TH Darmstadt \* Hessisches Aktionsbündnis gegen Rassismus und Ausländergesetze

11 nach halb zwei! — fo! —

## TERMINE!!!PARADE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!KLEDAGE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!SUPERBE!!!TERMINE

### Felsenfeste Termine:

- |   |   |
|---|---|
| * AStA-Sitzung  | Mo 16.00h AStA  |
| * Konspirationelle Courage*-Sitzung                                     | Mo 19.00h AStA-Info-Ref.                                |
| * TAT-Umweltberatung  | Di 11.00-13.00h Mensa LiWi R.60                         |
| * ZIT-"Sprechstunde"  | Di 16.00h 11/51   |
| * AS Gesellschaftliche Auswirkungen der Informatik                      | Di 18.00h 25/06   |
| * AGU Chemiegruppe  | Di 20.00h Lauteschl.str. 24                             |
| * Da. Ini für die Abschaltung aller Atomanlagen                         | Di 20.30h Bessunger Knaben-<br>schule SchülerInnenladen |
| * AStA-Rechtsberatung<br>(auch für Betroffene des AusländerInnenrechts) | Mi 11.00-12.00h Mensa LiWi R.60                         |
| * AStA-BAFöG-Beratung   | Mi 12.30h Mensa LiWi R.60                               |
| * Frauenreferat   | Mi 19.30h AStA  |
| * TAT (Treff angepasste Technologie)                                    | Mi 19.30h AStA  |
| * ZIT-"Sprechstunde"  | Do 9.00h 11/51  |
| * Redaktionssitzung des <b>übergriff</b>                                | Do 18.30h AStA-Info-Ref.                                |
| * BUND-Jugendgruppe   | Do 19.00 Lauteschl.str. 24                              |
| * AS Abschaffung der Hochschule   | Fr 18.00h 46/25 FS-FB2                                  |

Stimmt das? Alle Termine, die übers Verfallsdatum sind,  
werden aufgefordert, sich zu melden! Widrigenfalls verbreiten wir Falschmeldungen!

\*\*\*\*\*

### Butterweiche Tretminen:

- \* Mi 16.00h AStA: **Fachschaftenplenum**
- \* Mi 25.5 16.45h 2d 2.Stock: Teerunde (nachher gips noch Interdisziplinäres Stochastik-Kolloquium -- Waaaahnsinn...)
- \* Do 26.4. 19.00h Karlshof, Zentrum: Treffen der KarlshofbewohnerInnen mit den StuWe-Vertretern
- \* Do 26.4. 20h Schloßkeller: Diskussionsveranstaltung **gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus**  
anschließend afrikanische Musik etc.
- \* 28./29.4.: Wochenendseminar **Wendo** (Frauenselbstverteidigung),  
veranstaltet von Frauenoffensiv e.V., Liebigstr. 52  
anschließend wöchentliches Training:  
Mo 17.30h - 19.00h u. Mi 18.30h- 20.00h;  
für Mädchen: Mo 15.00h - 16.00h (8-11 J.) u Mi 16.30h - 17.30h (12-15 J.)  
Kontakt und Anmeldung Tel. 06151/7093733

## FRAUENDEMO ZUR WALPURGISNACHT 30.4.'90 IN DARMSTADT



Die Demo beginnt mit einer Kundgebung um 17.00Uhr vor den  
HEAG-Hallen